

Interpellation Walser-Sargans (40 Mitunterzeichnende) vom 25. September 2006

## **Massnahmen zur Förderung von Lehrstellen, insbesondere für Mädchen**

Schriftliche Antwort der Regierung vom 7. November 2006

Josef Walser-Sargans stellt in einer Interpellation fest, dass die Lehrstellensituation insbesondere für Realschulabgängerinnen und -abgänger und in dieser Gruppe besonders für Mädchen unbefriedigend sei. Trotz intensiven Bemühungen sei es für sie schwierig, eine Lehrstelle oder eine Zwischenlösung zu finden. Gerade für Mädchen fehle es an einer ausreichenden Anzahl von Lehrstellen mit tieferem schulischem Anforderungsniveau. Zwar sei aufgrund des Rückgangs der Schülerzahlen mittelfristig eine Entspannung der Situation zu erwarten. Den Jugendlichen, die jetzt eine Lehrstelle suchten, nütze diese Prognose jedoch nichts. Es seien kurzfristige und schnell greifende Massnahmen erforderlich.

Die Regierung antwortet wie folgt:

1. Seit dem Systemwechsel bei den Bildungsgängen im Gesundheits- und im Sozialbereich schliessen die beruflichen Grundbildung direkt an den Abschluss der obligatorischen Volksschule an, was beim Übergang Volksschule – Sekundarstufe II eine Erweiterung der Möglichkeiten mit sich brachte. Bei den Gesundheitsberufen ist die Anzahl Lehrstellen in den letzten Jahren gestiegen. Die Ausbildung im Beruf Fachangestellte oder Fachangestellter Gesundheit (im Folgenden FaGe) wurde im Kanton St.Gallen im Sommer 2003 erstmals angeboten und startete mit 139 Lehrverhältnissen. Heute befinden sich, verteilt auf die drei Lehrjahre, 510 Lernende in dieser Ausbildung. Seit dem Sommer 2006 wird die Ausbildung im neuen Beruf Fachfrau oder Fachmann Betreuung angeboten. Der Lehrgang startete mit rund 120 Lehrverhältnissen im Kanton St.Gallen, wovon etwa die Hälfte auf die um ein Jahr verkürzte Ausbildung für Erwachsene entfällt. Ein auf den Zeitpunkt der Einführung des Berufs Fachperson Betreuung allfällig erwarteter Rückgang beim Beruf FaGe ist erfreulicherweise ausgeblieben. Im Beruf Medizinische Praxisassistentin / Medizinischer Praxisassistent werden derzeit 250 Lernende, verteilt auf drei Lehrjahre, ausgebildet.
2. In der Branche der öffentlichen Verwaltung, d.h. in der Staatsverwaltung und in den Gemeindeverwaltungen, werden derzeit 13 Lernende im Beruf Kauffrau oder Kaufmann B-Profil ausgebildet.
3. Im Gesundheits- und Sozialwesen werden seit der Einführung der Berufe FaGe im Jahr 2003 und Fachperson Betreuung im Jahr 2006 über 300 Lehrstellen je Jahr angeboten. Die Erfahrungen nach der Einführung des Berufs FaGe zeigen, dass die Anzahl neuer Lehrstellen während der ersten drei Jahre angestiegen ist und sich danach auf dem heutigen Niveau eingependelt hat. Verläuft die Einführungsphase im Beruf Fachperson Betreuung ähnlich wie im Beruf FaGe, wird das Lehrstellenangebot in den nächsten Jahren nochmals zunehmen. Eine verlässliche Prognose ist zum heutigen Zeitpunkt nicht möglich. Noch haben die Betriebe erst wenige Erfahrungen mit der neuen Ausbildung im Beruf Fachperson Betreuung. Generell kann festgestellt werden, dass die neue Ausbildungssystematik in den Gesundheits- und Sozialberufen bei den Ausbildungsinstitutionen nach anfänglicher Skepsis sehr positiv aufgenommen und die Umsetzung sowohl qualitativ als auch quantitativ die Erwartungen vollauf erfüllt. An den kantonalen Spitälern wird die mögliche Anzahl Lehrstellen angeboten, mit der die betriebliche Eingliederung und eine einwandfreie Ausbildungsqualität sicher gestellt sind. Mit den heute angebotenen Lehrstellen ist andererseits der Nachwuchsbedarf gemäss den Planungen des Gesundheitsdeparte-

menten aus heutiger Sicht abgedeckt. Eine besser abgestützte Beurteilung ist erst möglich, wenn auch die weiterführende Ausbildung zur dipl. Pflegefachfrau oder zum dipl. Pflegefachmann HF voll etabliert ist.

Das zahlenmässig kleine Angebot an Lehrstellen im Beruf Kauffrau oder Kaufmann B-Profil hat verschiedene Ursachen. Zum einen liegen die Anforderungen des B-Profiles nur unwesentlich unter denjenigen des E-Profiles, sodass die Wahl im Grenzfall meist zu Gunsten des E-Profiles ausfällt. Beim B-Profil ist die Frage der Arbeitsmarktfähigkeit von Absolventinnen und Absolventen noch nicht schlüssig zu beantworten. Solange diese nicht geklärt ist, sind Betriebe wenig motiviert, auf die Ausbildung im B-Profil zu setzen. Auf Bundesebene ist sodann die Einführung einer zweijährigen beruflichen Grundbildung Büroassistentin / Büroassistent mit eidgenössischem Berufsattest geplant. Dieser Beruf soll sich bezüglich des Anforderungsprofils vorwiegend an Realschulabgängerinnen und -abgänger richten. Vor diesem Hintergrund macht eine staatliche Einflussnahme auf vermehrte Förderung des B-Profiles zum heutigen Zeitpunkt wenig Sinn.

Parallel zu den genannten Entwicklungen wird auf das Angebot neuer Lehrstellen – in allen Berufen – fortwährend hingewirkt, indem potentielle Lehrbetriebe gezielt kontaktiert werden. Auf diese Weise gelingt es, jährlich über 400 neue Lehrstellen zu gewinnen. Hinzu kommen zusätzliche Ausbildungsbewilligungen in bereits ausbildenden Betrieben. Mit dieser Anzahl konnten bislang die natürlichen bzw. strukturellen Abgänge, beispielsweise wegen Betriebsschliessungen oder Konkursen, mehr als kompensiert werden. Überdies zielt eine aktive Kontaktpflege darauf ab, dass bestehende Lehrbetriebe auch in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten in die Ausbildung Jugendlicher investieren. So wurden die Betriebe in diesem und im letzten Jahr auf verschiedenen Kanälen dazu aufgerufen, kurzfristig zusätzliche Lehrstellen anzubieten, um die grossen Jahrgänge an Schulabgängerinnen und -abgängern aufzufangen.

4. Im Bereich der Staatsverwaltung wurde das Lehrstellenangebot in den letzten Jahren kontinuierlich ausgebaut (2004: fünf neue Lehrstellen; 2005: neun neue Lehrstellen; 2006 acht neue Lehrstellen). Im gleichen Zeitraum mussten fünf Lehrstellen aus betrieblichen Gründen aufgehoben werden. Für das Jahr 2007 ist ein weiterer Ausbau um vierzehn Lehrstellen vorgesehen. Im Bereich B-Profil Kaufmann / Kauffrau werden auf den Sommer 2007 zwei neue Lehrstellen angeboten. Die Regierung ist bereit, darüber hinaus zusammen mit den Ämtern prüfen zu lassen, ob für den Sommer 2007 kurzfristig weitere Lehrstellen im B-Profil angeboten werden können.

Betreffend die Gemeindeverwaltungen sieht die Regierung aus den in Ziff. 3 dieser Antwort erwähnten Gründen keine Veranlassung und Möglichkeit zur direkten Einflussnahme.

5. Jugendliche mit eher schwachen schulischen Leistungen sind von der Lehrstellenknappheit überdurchschnittlich betroffen. Im Sinn einer zusätzlichen Unterstützung für solche Jugendliche wurden ab April 2006 Lehrstellenbörsen in allen Berufs-, Studien- und Laufbahnberatungsstellen im Kanton eingeführt. In der Vorlehre stehen den Lernenden seit Sommer 2006 Coaches bei der Suche einer Praktikums- oder Lehrstelle zur Seite. Coaches sowie Mitarbeitende der Lehrstellenbörsen haben nebst der Beratung und Begleitung der Jugendlichen die Aufgabe, aktiv Lehrbetriebe zu akquirieren. Sie arbeiten eng mit dem Amt für Berufsbildung zusammen. Diese zusätzlichen Massnahmen werden im Rahmen eines Projektes vom Bund mitfinanziert und sind bis ins Jahr 2009 befristet. Seit August 2006 steht den Lehrstellenbörsen und den Coaches der Vorlehre ausserdem ein Netzwerk der Aktion «Speranza» zur Verfügung. In jeder Region ist eine Ansprechperson mit guter Einbindung in die regionale Wirtschaft bezeichnet, welche die Lehrstellenbörsen und die Coaches in ihrer Aufgabe unterstützt, neue Ausbildungsplätze zu akquirieren.

6. Ein immaterielles Anreizsystem in Form eines Labels für Lehrbetriebe wurde kürzlich durch den Bund eingeführt. Die «Lehrbetriebs-Vignette» soll den Lehrbetrieben im Sinn der Imagepflege Anerkennung in der Öffentlichkeit verschaffen und neue Betriebe für die Ausbildung motivieren. Sie wird vom Amt für Berufsbildung in elektronischer Form oder als Aufkleber abgegeben. Ebenfalls im Sinn einer Honorierung der Ausbildungsleistungen wurde im Frühjahr dieses Jahres in einer schweizweiten Aktion allen Lehrbetrieben das «Handbuch betriebliche Grundbildung», ein auf die Gegebenheiten des neuen Berufsbildungsgesetzes überarbeitetes umfassendes Arbeitsinstrument für Ausbildungsverantwortliche, unentgeltlich abgegeben.

Finanzielle Anreizsysteme zur Schaffung neuer Lehrstellen lehnt die Regierung ab. Ihre Wirkung ist, im Gegensatz zu gezielten projektgestützten Massnahmen wie z.B. in Ziff. 5 dieser Antwort dargestellt, fraglich. Die Schaffung neuer Lehrstellen finanziell zu honorieren würde überdies eine Ungleichbehandlung und mithin einen Affront gegenüber all jenen Lehrbetrieben bedeuten, die seit jeher mit grossem Engagement ihren Anteil im Verbund der dualen Berufsbildung wahrnehmen. Die Freiwilligkeit der Lehrlingsausbildung ist massgeblicher Garant für die Qualität der betrieblichen Ausbildung. Bezüglich Berücksichtigung von Lehrstellen bei der öffentlichen Vergabe wird auf die in der Septembersession 2006 vom Kantonsrat gutgeheissene Motion 42.06.13 «Berücksichtigung von Lehrstellen bei der öffentlichen Vergabe» verwiesen.